

Soziale Ausschließung und die Grenzen der repräsentativen Demokratie

*Die Perspektive from below*¹

Ellen Bareis

Die Diskussion um das Verhältnis von Armut, sozialer Ausschließung und Demokratie ist bedeutend und drängend. Dementsprechend ist mein Beitrag auch demokratietheoretisch zu verstehen. Dabei gehe ich nicht nur von der These aus, dass soziale Ungleichheit und Ausgrenzung die Demokratie gefährden. Die umgekehrte These lautet, dass sich Demokratie weiterentwickeln muss. Der Beitrag geht daher auch der Frage nach, welche individuellen und kollektiven Formen der Abwehr von Ausschließungsprozessen und Ansätze von Selbstorganisation jenseits der repräsentativen Demokratie aktuell zu finden sind.

Die repräsentative Demokratie als Institution bringt ihre eigenen Widersprüche und Grenzziehungen hervor, zu denen notwendigerweise Ausschließungsprozesse gehören. Ohne die Bereitschaft, die inhärenten Widersprüche von „Demokratie“ zu reflektieren und zu kritisieren, befinden wir uns schnell in einem zivilgesellschaftlich ausgeschmückten Staatsdiskurs der „Verteidigung der Demokratie“. Zu schnell befinden wir uns in einer arroganten Selbstgenügsamkeit, „wir“ seien ja alle Demokrat*innen (Brown 2012), nur „die Anderen“ könnten oder wollten sich nicht an demokratische „Regeln und Normen“ halten. Diese derzeit hegemoniale Diskursfigur wird gerne unter Rückgriff auf den Begriff des Populismus als liberale Selbstverständlichkeit formuliert. Aber diese Selbstverständlichkeit kann gleichzeitig Ausdruck von „Othering“, von Armutsfeindlichkeit und Rassismus ‚von oben‘, also Normal-Politik-Form des Populismus sein.

Ein anderer demokratietheoretischer Schuh wird daraus, wenn Konflikte und auch alltägliche Erfahrungen oder populärkulturelle Artikulationen ins Zentrum der Analyse gestellt werden. Im Beitrag möchte ich daher einige eher abstrakte, gesellschaftstheoretische Überlegungen zu (Post-)Demokratie und Neoliberalismus mit der Frage kreuzen, wie die Perspektive *from below* historisch und ak-

¹ Der Beitrag ist eine überarbeitete Fassung des Vortrags auf der 12. Österreichischen Armutskonferenz am 10. März 2020 in St. Virgil / Salzburg.

tuell die Selbstverständlichkeit der repräsentativen Demokratie in Frage stellt – ohne auf autoritäre Lösungsmuster auszuweichen.

Ein paar Worte zur Perspektive *from below*

Zunächst möchte ich historisch einen großen Schritt zurück machen in die Transformationsphase der industriellen Revolution und die Neuformation von Eigentum und Kapitalismus in England – also noch bevor „die Arbeiterklasse“ als zeitweise feste Formation und als Akteurin die Bühne der gesellschaftlichen Konflikte betritt. E.P. Thompson (1985²) betont in der Einleitung zu seinem umfangreichen Werk über die sozialen Kämpfe und den Alltag des 19. Jahrhunderts, dass es aus heutiger Sicht leicht sei, die Revolten im späten 18. und im 19. Jahrhundert in eine umfassende gesellschaftliche Transformationssituation einzuordnen, nämlich die Durchsetzung des Kapitalismus und die beginnende Industrialisierung. Für die Zeitgenossen³ handelte es sich aber um eine kontingente Situation⁴, deren Ausgang weder vorgegeben noch vorhersehbar, sondern umkämpft war. Es sei, so Thompson, leicht, in der Geschichtsschreibung lächelnd auf die zum Teil bornierten, fundamentalistischen, sich verirrenden Rebellionen und Zusammenschlüsse zurückzublicken, mit dem Wissen, dass die jeweiligen Handwerksberufe, Handelsformen und kulturellen Praktiken historisch bereits dem Untergang geweiht waren. Einer solchen „arroganten“ Perspektive setzt er die Historiographie der Erfahrungen, der kollektiven Praktiken und Erklärungsmuster jener gegenüber, die direkt involviert waren. Die Methode der Historiographie⁵, der *history from below*, begründet Thompson gegen die bis Mitte des 20. Jahrhunderts tradierte (bürgerliche, aber auch orthodox-marxistische) Geschichtswissenschaft folgendermaßen:

„Wenn wir die Geschichte an irgendeinem Punkt anhalten, finden wir keine Klassen, sondern schlicht und einfach eine Vielzahl von Individuen mit einer Vielzahl von Erfahrungen.“ (Thompson 1985: 10)

2 Thompsons Werk erschien im Original 1963. Ich zitiere im Folgenden aus der deutschen Übersetzung von 1985.

3 E.P. Thompson hatte in seiner Untersuchung männliche Akteure im Blick, worauf verschiedene feministische Arbeiten kritisch hinweisen. An dieser Stelle ist wegen des Rekurses auf die Arbeit von Thompson der ausschließlich männliche Begriff der „Zeitgenossen“ durchaus angemessen.

4 Mit Raymond Williams, gemeinsam mit E.P. Thompson Mitbegründer der britischen Cultural Studies, könnte auch von residualen und emergenten Lesarten der Situation gesprochen werden. Williams differenzierte in seinen kulturwissenschaftlichen Arbeiten zu hegemonialer und populärer, alltagsbezogener Kultur zwischen *dominal*, *residual* und *emergent*.

5 Parallelen zur Ethnographie als nicht historischer, sondern zeitgenössischer Forschungsperspektive sind nicht zufällig. Die Ethnographie bemüht sich um eine Erforschung der Narrationen und Artikulationen aktueller Lebenszusammenhänge und Konflikte. Etwas genauer reflektiert dies der Historiker Alf Lüdtke (2015).

Eine solche Perspektive entbindet auch aus der Perspektive E.P. Thompsons nicht von theoretischen Analysen, die die „Vielzahl von Individuen mit einer Vielzahl von Erfahrungen“ durch gesellschaftstheoretische Konzepte hindurch analysiert, also von Klassentheorie. Ganz im Gegenteil ist Thompsons Analyse Teil von Klassentheorie. Aber sie setzt den Ausgangspunkt bei der Annahme, dass das Ergebnis von politischen und sozialen Kämpfen nicht vorgegeben ist. Umgekehrt: Die Historiographie nach Thompson erstreckt sich über lange Phasen und sie sollte die (historischen) Menschen des Alltags, so Thompson, weder als passive Opfer des Transformationsgeschehens noch als schlichte Daten für Statistiken der Wirtschaftsentwicklung betrachten. Und sie sollte außerdem die Geschichte nicht nur durchstöbern nach „Vorläufern und Pionieren des Wohlfahrtsstaats (...), nach Vorfahren eines sozialistischen Common Wealth“ (ebd.: 11). Die Perspektive *from below* schaut also nicht nur auf historisch „erfolgreiche“ kollektive Praktiken, sondern nimmt Irrwege und (historische) Sackgassen ernst. Insofern können individuelle und kollektive Praktiken der Empörung, des Zurechtkommens, des Durchlavierens und der Kämpfe borniert wie erfindungsreich sein. Aus der Perspektive *from below* sind sie die Weise, wie Menschen des Alltags Geschichte machen. Sie sind nicht nur passiv, nicht nur Daten, nicht nur *Looser* und auch nicht nur Hero*innen oder Pionier*innen.

E.P. Thompson unterscheidet bereits für das späte 18. Jahrhundert grundsätzlich zwei Aktionsformen:

„(...) im 18. Jahrhundert nahmen die aufrührerischen Aktionen in England zwei Formen an: einerseits mehr oder weniger spontane Aktionen des Volkes, andererseits „Funktionalisierung“ der Menge durch Personen, die „über“ oder abseits der Menge standen und damit Druck ausüben wollten. Die erste Form hat bisher nicht die Beachtung gefunden, die sie verdient. Sie beruhte auf ausgeprägten Sanktionen des Volkes und wurde durch reflektiertere Traditionen gerechtfertigt, als das Wort ‚Aufruhr‘ nahelegt. Das gängigste Beispiel sind die Brot- oder Lebensmittelrevolten, die in fast jeder Stadt und Grafschaft bis in die vierziger Jahre des 19. Jahrhunderts immer wieder ausbrachen.“ (Thompson 1985: 68)

Diese Unterscheidung zwischen den mehr oder weniger spontanen, selbstorganisierten Aktionen und der „Funktionalisierung der Menge“, um ‚von oben‘ Programmatiken zu befördern, ist Jahrhunderte später sehr aktuell. E.P. Thompson bezieht sich in seiner Arbeit auf Dokumente aus dem 18. Jahrhundert. Gerade aus der ersten spontanen, selbstorganisierten Aktionsform, die immer eine spezifische „moralische Ökonomie“ (Thompson 1980) zum Kern hat – eine jeweils spezifische Legitimitätsvorstellung von einer angemessenen Tauschbeziehung – können wir, so Thompson 1963, auch für heutige Herausforderungen der Demokratie und der moralischen Ökonomie lernen.

Aus dieser historiographischen Perspektive stellen sich heute neue Fragen in einer ebenfalls kontingenten Situationen. Dazu gehören die gesellschaftli-

chen Auseinandersetzungen um die Digitalisierung (das Weltwirtschaftsforum nennt diese die „vierte industrielle Revolution“, kurz 4.0), den Klimawandel, die neoliberale Durchsetzung von Prekarität und Selbstverantwortlichmachung als ideologisches Modell, die Migration sowie die globalen Fragen von sozialer Ausschließung und Armut. Und auch hier gibt es neben der „klassischen“ Wirtschaftslehre und der „fundamentalen Ökonomie“ (Foundational Economy Collective 2019) verschiedene Traditionen der „moralischen Ökonomie“: grundlegende Alltagsverständnisse, was als angemessen verstanden wird und wann der Bogen als überspannt gilt. Diese Verständnisse sind keine „populistischen“. Sie markieren mit E.P. Thompson ein kämpferisches Verhältnis, das eher der ersten der beiden im Zitat genannten Aktionsformen entspricht. Die Cultural Studies kennzeichnen diese Perspektive *from below* mit dem Begriff der „plebeischen Kultur“ (Thompson 1980), des Popularen bzw. der Populärkultur (exemplarisch Stuart Hall 2014; 2020). Dieses Populare ist weder per se antidemokratisch noch per se demokratisch⁶. Es ist Ausdruck des Alltags der Nicht-Mitbestimmenden und Ausgeschlossenen. Und es ist in sich äußerst ausdifferenziert und umfasst – nicht anders als die hegemonialen Kräfte – emanzipatorische wie stigmatisierende, diskriminierende, sexistische und rassistische Artikulationen. Auch der Begriff des Eigen-Sinns wird hierfür in der deutschsprachigen Gesellschaftstheorie diskutiert (Negt / Kluge 1981, Stehr 2013, Lüdtke 2015). Die Frage des demokratiethoretischen Verständnisses *from below* möchte ich nun noch einen Moment zurückstellen und zunächst die herrschaftsanalytische wie die zeitdiagnostische Perspektive in den Blick nehmen.

(Post-)Demokratie im Neoliberalismus ...

Mit dem analytischen Begriff der Postdemokratie (Crouch 2008) verbindet sich meist die zeitdiagnostische Analyse, dass die Institutionen der parlamentarischen, repräsentativen Demokratie unter den Bedingungen von ökonomischer Globalisierung zunehmend ausgehöhlt werden. Metaorganisationen, die nicht demokratisch legitimiert sind, treffen Entscheidungen an Stelle der gewählten Regierungen, die nur noch unter Zugzwang und Spardiktat reagieren können. So geschah es etwa Spanien und Griechenland im Zuge der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise 2008. Lobbyorganisationen nehmen maßgeblichen Einfluss auf politische Entscheidungen (etwa Pharma-, Energie- oder Automobilindustrie), Expertokratie hebt die Willensbildung des Souveräns aus.

6 Vgl. auch die Studie *Policing the Crisis* (Hall et al. 1978), in der sich die Unterscheidung zwischen *popular media* (ein „von oben“ organisiertes Herrschaftsprojekt) und *popular mass* bzw. *popular culture* (die Artikulationen der „popularen“ Klassen) ideologietheoretisch fein ausdifferenziert und reflektiert im gesamten Text widerspiegelt. Im Deutschen ist der Begriff „populär“ ebenso mehrdeutig. Zwischen dem Popularen und Populismus zu differenzieren, wie ich hier argumentiere, bleibt bestenfalls eine Hilfskonstruktion für ein komplexes ideologietheoretisches Phänomen.

Dass diese Diagnose zu kurz greift, möchte ich anhand der Arbeit von Grégoire Chamayou (2019) deutlich machen. Am Beispiel der Wirtschaftsdiskurse von Großunternehmen, Beratungsagenturen, Wirtschaftswissenschaftlern und Politik der 1970er-Jahre in den USA zeichnet Chamayou die Entstehung und Durchsetzung dessen nach, was er zu Recht *autoritären Liberalismus* nennt und womit wir es in ausgeprägter Form heute zu tun haben. Diese Bewegung *von oben* (hier „oben“ im Sinne von Vorständen von Großunternehmen und akademisch fundiert in den liberalen Wirtschaftswissenschaften) entsteht als Bestreben, den kritischen Aktivitäten und Positionen der sozialen Bewegungen und der Umweltbewegungen seit den 1960er-Jahren etwas entgegenzusetzen und die Hegemonie zu verschieben. Chamayou macht deutlich: In der einsetzenden politischen und ökonomisch getriebenen Konterrevolution der 1970er-Jahre war die Devise: Lieber ein autoritärer Liberalismus als eine Weiterentwicklung von Demokratie unter Gesichtspunkten sozialer Gerechtigkeit und Sicherheit. Diese These ist freilich nicht neu. Bereits 1978 konnten Stuart Hall et al. zeigen, wie noch vor Einsetzen der großen neoliberalen Wende Law-and-Order-Politik rassistische Diskurse und die „Verpolizeilichung“ der gesellschaftlichen Konflikte einsetzt, um die „unregierbare Gesellschaft“ (Chamayou) mit ihrem Bestreben nach weiterer Demokratisierung der Institutionen und Instrumente zurückzudrängen. Hall findet dafür den Begriff des Thatcherismus, noch bevor Thatcher Regierungschefin wurde. Aus dieser Perspektive sind Trump, Orban, Bolsonaro, Erdogan, AfD und Front National Garanten und Verfechter des Autoritären. Sie bedienen sich darin der populistischen Form, um Mehrheiten zu organisieren; den rein ökonomischen, marktradikalen Liberalismus stellen sie nicht in Frage. Sie ergänzen ihn aber „populistisch“ durch eine national-soziale Variante (Anti-EU, Anti-UNO, Anti-Migration etc.). So können sie Ressentiments organisieren und in eine rassistische Strategie der nationalen-männlichen Überlegenheit einbinden.

Insofern ist auch die Analyse der Postdemokratie gerechtfertigt. Doch die direkte Verbindung in der Gesellschaftsdiagnostik von Neoliberalismus und Demokratieproblem blendet die sozialen Kämpfe und sozialen Bewegungen aus und überhöht zugleich die historischen Erfahrungen mit der repräsentativen Demokratie. Denn die proletarischen Kämpfe (und auch schon die vorproletarischen, die E.P. Thompson untersucht hat), die antikolonialen Befreiungskämpfe, die US-amerikanische Bürgerrechtsbewegung, der Kampf gegen Apartheid in Südafrika, die Frauenbewegung (nicht nur für das Wahlrecht der Frauen), die Selbstorganisationen der Armen, der LGBTIQs, die Platzbesetzungsbewegungen und die Hongkong-Protteste, Black Lives Matter, die globalen migrantischen Kämpfe in den Metropolen wie auch in den Lagern rund um Europa, den USA und Australien und viele mehr: Sie alle kämpfen darum, wer eigentlich zum Souverän der Demokratie gehört.

Dies ist eine grundlegende Aporie des demokratischen Gedankens. Diese Aporie verfolgt Jacques Rancière bis in die antiken Grundgedanken von Demokra-

tie. Ein „Teil ohne Anteil“ (Rancière 2002), ein nicht repräsentierter beziehungsweise nicht repräsentierbarer Plebs, jener, die nicht zählen, nimmt sich (im Sinne der „moralischen Ökonomie“) einen Anteil an Recht, Sprache und Ressourcen, der vom repräsentierten und repräsentierbaren *demos* nicht vorgesehen ist. Alex Demirovic (2013) kritisiert an Rancière zu Recht, dass die rein abstrakten Überlegungen keinen Wegweiser bieten, *wie* sich eine demokratische Praxis, die sich diesen Aporien bewusst ist, in komplexen Gesellschaften institutionalisieren kann. *From below* betrachtet, ist eine direkte und klare Antwort auf diese Frage aber auch nicht möglich. Denn historiographisch ist die Frage der Institutionalisierung offen. Das entbindet zugleich nicht von der Notwendigkeit, Theorien zu entwickeln, in denen die (historischen) Menschen des Alltags nicht nur bezüglich „erfolgreicher“ kollektiver Praktiken, sondern auch mit ihren Irrwegen und Sackgassen ernst genommen werden. Daraus lässt sich vorläufig die grobe These formulieren, dass erstens das Populäre immer Teil des (nie komplett eingelösten) Demokratischen ist und dass zweitens das Populistische eine Erscheinungsform des Demokratischen sowohl im Modus der Repräsentation (struktureller Populismus) wie in seiner autoritären Wendung ist. Diesen Gedanken werde ich im Folgenden noch einmal aufgreifen.

... und Prozesse sozialer Ausschließung

Zunächst bedeuten die beschriebenen Diagnosen von Neoliberalismus und Postdemokratie, dass die gesellschaftlichen Ausschließungsprozesse in den letzten Jahrzehnten zugenommen haben. Diese Prozesse sind einschlägig sowohl bezüglich ihrer Armenfeindlichkeit wie auch ihres Rassismus wissenschaftlich dokumentiert⁷. Sie schlagen sich historisch und räumlich unterschiedlich nieder, da zum einen die Nationalstaaten unterschiedliche Wohlfahrtstraditionen haben, sich aber auch die lokalen Kämpfe und Konflikte unterschiedlich aufstellen und auswirken. Über die lokalen Differenzen hinweg gibt es jedoch deutliche diskursive Hegemonien und globale Auswirkungen. Und auch die Struktur und Form des Finanzmarkt-Kapitalismus schlagen sich inzwischen deutlich nieder. Dies möchte ich an zwei Beispielen verdeutlichen:

Das erste Beispiel sind *Bildungs- und Wohlfahrtsinstitutionen*. Sie haben sich mittlerweile nahezu global auf die Diskursfigur der Employability als Ziel festgeschrieben. Sicher finden sich immer noch Reste eines Bildungsverständnisses und von Angeboten der Wohlfahrt, die sich auf die „Förderung der freien Persönlichkeit“, die Fähigkeit zu Reflexion und Kritik und die Bereitstellung von Ressourcen zur Bearbeitung des alltäglichen Lebens beziehen. Doch auch jene Institutionen, die diese aus demokratietheoretischer Sicht zentralen Fähigkeiten von Bildung und Wohlfahrt eigentlich ins Zentrum stellen, müssen sich gegenüber den Trägern und Geldgebern die Bildungsziele „Autonomie“ (hier inter-

7 Hier nur exemplarisch und zusammenfassend Anhorn/Stehr 2020.

pretiert als Unabhängigkeit von Unterstützung) und Erwerbsarbeitsbefähigung vorne auf die Antrags-, PR- und Leitbild-Fahnen schreiben. Es braucht hier dringend die Erfindung neuer Institutionen in Bildung und Wohlfahrt und es gibt bereits eine Vielzahl von lokalen Bewegungen und Initiativen: selbstorganisierte Lernzusammenhänge, Jugendangebote, Nachbarschaftstreffe, genossenschaftlich organisierte Wohlfahrtsinfrastrukturen. Basisdemokratische Initiativen entwickeln Bildung und Wohlfahrt weiter. Dies ist politisch nicht nur zur Weiterentwicklung von Demokratie und Partizipation *from below* dringlich. Vielmehr versuchen diese Lücke auch rechtspopulistische, rechtsradikale, marktradikale und radikalreligiöse Akteure zu füllen mit, wie E.P. Thompson sagen würde, dem „Ziel der Funktionalisierung der Menge durch Personen“.

Das zweite Beispiel betrifft die zentrale Ressource *Wohnen*: Der Finanzmarkt-Kapitalismus hat durch starke Unterstützung seitens der Politik in der ersten Welle der Neoliberalisierung durch Privatisierung des Wohnungsmarktes dazu geführt, dass das zentrale Gemeingut Wohnen in nahezu allen Regionen und Staaten der Welt immer teurer wird und Armut wie Ausschließungsprozesse enorm verstärkt. Mit der zweiten Welle haben sich auch die meisten verbliebenen kommunalen Anbieter von Wohnraum dem Dogma der Selbstverantwortlichmachung der (potenziellen) Mieter*innen verpflichtet. Das Grundrecht auf Wohnen verschwindet hinter autoritären Verhaltensanforderungen. Lokale, überregionale und globale Bündnisse stellen sich der weiteren Polarisierung der Lebensbedingungen *from below* entgegen. Darunter finden sich Nachbarschafts- und Quartiersprojekte⁸, *right to the city*-Initiativen, der *European Housing Action Day*, kommunale Parlamente, die den Rückkauf privatisierter Wohnkomplexe beschließen, und genossenschaftliche Wohnprojekte neuer Art.

Populismus und Populärkultur oder: Der leere Signifikant des Populismus

Im klassischen Modell des Verständnisses von demokratischen Wohlfahrtsstaaten stehen die Bereiche Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in einem konflikthaften Dreieck: Wurde die Politik gegenüber der Wirtschaft ohnmächtig? Wird Gesellschaft in ihren Rechten eingeschränkt, weil Staat / Politik Grundrechte beschneiden? Oder kann es Gesellschaft und Staat nur gut gehen, wenn die wirtschaftlichen Prozesse liberal und auf Wachstum ausgerichtet sind?⁹ Jede dieser Positionen hat populistische Spiegelbilder, mit denen in der repräsentativen Demokratie Mehrheiten organisiert werden wollen. Populismus wird also spätestens mit der Politik des Thatcherismus und des Reaganismus, aber eigentlich früher mit der sozialdemokratischen Erfindung der „Mitte“ zur Normal-Form „demokratischer“ Politik (Cremer-Schäfer 2018).

8 Marc Diebäcker (2020) hat zu Recht darauf hingewiesen, dass wir in diesen Initiativen keinem romantisierenden Begriff von Nachbarschaft aufsitzen sollten.

9 Exemplarisch Jürgen Habermas (2013) in seiner Antwort auf Wolfgang Streeck.

Auch wenn ich hier das Denken von Ernesto Laclau etwas gegen den Strich lese, möchte ich vorschlagen, den Begriff des Populismus als „leeren Signifikanten“ (Laclau 2010) zu verstehen. Denn er nimmt zumindest in der aktuellen Diskurskonjunktur eine doppelte Stellung ein.

Erstens ist Populismus die Beschreibung einer politischen Strategie, die im weitesten Sinn der zweiten Aktionsform in der Typologie E.P. Thompsons entspricht. Populismus ist die Strategie, Populares autoritär zu wenden und zu „funktionalisieren“. Diese Strategie ist in ihrer rechtspopulistischen Ausprägung faschistischem Denken sehr nahe – mit allen eliminatorischen Konsequenzen. Sie ist aber auch ein allgemeines demokratisches „Spiel“ der Herstellung von Mehrheiten und der Bekräftigung der eigenen Machtposition durch Wahlen. In dieser repräsentativ-demokratischen Spielart können sich – autoritär-liberal-zivilgesellschaftlich gewendet – Armutseindlichkeit und Rassismus als Populismus-Vorwurf manifestieren und gegen „die Anderen“ wenden.

Daher ist, zweitens, Populismus aktuell ein Kampfbegriff¹⁰, der gerade von den etablierten Akteur*innen der repräsentativen Demokratie gegen diejenigen Alltage, Bewegungen und Aktionen gewendet werden kann und wird, die als nicht-demokratisch etikettiert werden sollen. Schnell finden sich Aussagen wie: „Gerade die Wohnungslosen sind doch gegen Ausländer.“ oder: „Die Leute fühlen sich abgehängt und wir müssen ihre Ängste ernst nehmen.“ Die europäischen Konflikte um die Geflüchteten des Mittelmeers zeigen, dass dieses „Spiel“ sehr ernste Konsequenzen hat. Zugleich wird der Populismus-Vorwurf in diesem Fall „von oben“ gegen die sogenannten Modernisierungsverlierer*innen wie gegen die basisdemokratischen *refugees welcome*-Initiativen ausgesprochen und politisch funktionalisiert. Ohne die Bereitschaft, die inhärenten Widersprüche von Demokratie zu reflektieren, ohne die Fragen von Klasse, *gender*, *race*, also die Frage der Repräsentation zu reflektieren, ist somit Platz geschaffen für die eingangs erwähnte arrogante Selbstgenügsamkeit, „wir“ seien ja alle Demokrat*innen, nur „die Anderen“ könnten oder wollten sich nicht an demokratische Regeln und Normen halten. Auch in der repräsentativen Demokratie zählen Stimmen, Köpfe und Daten für Statistiken – nicht Erfahrungen, Kämpfe und Scheitern.

Dagegen bedeutet die Perspektive *from below*, den Alltag und somit die Leute mit ihren Erfahrungen und ihrer moralischen Ökonomie ins Zentrum zu stellen. Der Kampf einer Alleinerziehenden mit dem Vermieter einer überbelegten, zugigen, vielleicht auch verschimmelten Wohnung, dass er endlich den Kammerjäger holt, um die Bettwanzen zu bekämpfen – dieser sehr alltägliche Kampf –, findet kaum im Modus der Repräsentation statt. Bezüglich der alltäglichen Arbeit an der Ausschließung entstehen vielmehr Handlungs- und Aktionsformen jenseits der repräsentativen Demokratie, die aber im Kern demokratierelevant sind.

10 Ein komplementärer Kampfbegriff ist der des Nihilismus, mit dem noch stärker delegitimierend auf die von Thompson angeführten Aufstände, Revolten, *riots* etc. von Seiten der „liberalen“ Presse und Intellektuellen geblickt wird (vgl. Bareis 2007).

Formen der Abwehr von Ausschließungsprozessen und Ansätze von Selbstorganisation jenseits der repräsentativen Demokratie

Was könnte heute die Perspektive *from below* bedeuten? Die alltägliche Arbeit an sozialer Ausschließung und die Arbeit an Partizipation (Bareis / Cremer-Schäfer i. E.¹¹) erbringen die Leute nicht im Modus von Repräsentation – denn sie sind von Rechten, Eigentum, Sicherheit oder Sprache ausgeschlossen. Die alltäglichen Handlungsformen der Leute zeigen zugleich genau ihre Fähigkeit zur Artikulation in der Nichtrepräsentation auf. Hilfreich dafür, dies wahrzunehmen, ist, Gesellschaft weniger im Modus der hegemonialen Demokratievorstellungen zu denken, sondern mit Nancy Fraser als *Terrain der Auseinandersetzung über das Gesellschaftliche*. Gesellschaft als „Raum, in dem die Konflikte zwischen rivalisierenden Interpretationen von Bedürfnissen der Menschen ausgetragen werden“ (Fraser 1994: 241). Insofern geht es dabei auch um Konflikte um Rechte von jenen, die „nicht gezählt“ werden. Es geht konkret etwa um das Recht, sich nicht vertreiben zu lassen, das Recht, trotz Gentrifizierung in der Mitte des Quartiers zu bleiben, das Recht, wenn nötig, Grenzen zu überschreiten, aus dem ländlichen Raum in die Metropole zu gehen oder in ein anderes Land, auf einen anderen Kontinent, trotz fehlender sozialer Rechte eine Gesundheitsversorgung oder eine Schulbildung für die Kinder zu organisieren oder auch um das Recht, die Zusammenarbeit mit der Polizei (oder auch der Sozialen Arbeit) zu verweigern, um der permanenten Diskriminierung und den Stigmatisierungen etwas entgegenzustellen¹².

Mit dieser Perspektive *from below* als Abwehr von Ausschließungsprozessen werden neue Formen von Demokratie sichtbar. Dazu braucht es weniger des Paternalismus, des Besser-Wissens und der Pädagogisierung und mehr Aufmerksamkeit und Reflexionsfähigkeit. Und es braucht eine Bereitschaft zur Herrschafts- und Institutionenkritik. Offen bleibt gleichwohl die Frage von Alex Demirovic: Rein abstrakte Überlegungen bieten keinen Wegweiser, *wie* sich eine demokratische Praxis, die sich der Aporien bewusst ist, in komplexen Gesellschaften institutionalisieren kann. Offen bleibt zugleich die Perspektive von E.P. Thompson: Es gilt, weder historisch noch zeitgenössisch zu heroisieren. Wie die Akteur*innen des 19. Jahrhunderts können wir als Zeitgenoss*innen des 21. Jahrhunderts nicht wissen, welche Richtung die weitere Geschichte einschlägt – wie also die Zukunft aussieht.

From below meint nicht Alltagsheroismus oder Romantisierung. Alltägliche und kollektive Lernprozesse sowie Formen der Abwehr von Etikettierung und Ausschließung, die nicht auf Repräsentativität oder Identität zielen, bilden aber zumindest eine Perspektive. Wissenschaft und Forschung können in dieser Si-

11 In diesem Handbuchttext finden sich auch viele weitere Verweise auf aktuelle Studien und Arbeiten zur „alltäglichen Arbeit an sozialer Ausschließung und der Arbeit an der Partizipation“.

12 Ausführlicher hierzu zuletzt Bareis/Wagner 2019; Bareis 2020.

tuation einen reflektierten Beitrag leisten. Die sozialen Kämpfe werden aber darüber entscheiden, wie unsere zukünftige Gesellschaft aussehen wird. Wenn die sogenannten progressiven Akteur*innen des Sozialstaats denn lernen könnten, würden sie

- aus dem kollektiven Lernen, Ressourcen welcher Art und Form sich *from below* als „hilfreich“ erweisen – und in Abgrenzung zu den kollektiven Ausschließungsprozessen – soziale Infrastrukturen fördern,
- existenzsichernde Bereiche aus der Kommodifizierung herausnehmen und sich für die Bereitstellung von bedingungsloser sozialer Infrastruktur in den Bereichen Wasser, Luft, Gesundheit, regionaler Mobilität, Wohnen und Bildung einsetzen (Arbeitstitel: *Commons*),
- (National- und EU-) Staatsdirigismus entgegenstehen, um die Ermöglichung und Erweiterung von Individualität z. B. durch ein bedingungsloses Grundeinkommen und durch die Stärkung der kommunalen Selbstverantwortung umzusetzen. Also: Mehr Steuergelder in die Kommunen, soweit diese nicht dem Modus der Ausschließungsprozesse folgen, sondern kommunale Bürgerschaft und Beteiligungshaushalte jenseits der Staatsbürgerschaft umsetzen.

Wenn wir Akteur*innen und Aktivist*innen im Sozialstaat denn lernen könnten, würden wir nicht etikettieren, kein „Othering“ betreiben, nicht den Pseudo-Partizipations- und Steuerungskonzepten aufsitzen, Konflikte zur Sprache bringen und uns an den alltäglichen Arbeitsweisen an sozialer Ausschließung der Leute orientieren. Für dieses „wir“ steht die Österreichische Armutskonferenz. „Ihr“ macht das seit vielen Jahren. Das ist *from below*. Und damit können „wir“ auch in die Parlamente und Gremien gehen: kommunal, regional, national, europaweit und uns einsetzen, dass Stimmen gegen Armut, soziale Ungleichheit und Ausgrenzung unüberhörbar sind. Repräsentieren würden diese Stimmen aber nicht. Wir sind nur Teil der Bewegung und der Ausgang ist ungewiss.

Ellen Bareis ist Professorin für gesellschaftliche Ausschließung und Partizipation an der Hochschule für Wirtschaft und Gesellschaft Ludwigshafen. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Stadtforschung, Produktion des Sozialen „from below“, (Nicht-) Nutzungsforschung, Alltag und Soziale Kämpfe sowie Organisationsforschung.

Mögliche Quellenangabe:

Bareis, Ellen (2020): Soziale Ausschließung und die Grenzen der repräsentativen Demokratie. Die Perspektive from below. In: Die Armutskonferenz et al. (Hrsg.): Stimmen gegen Armut. BoD-Verlag, S. 27–38.

www.armutskonferenz.at/files/bareis_grenzen-der-repraesentativen-demokratie_2020.pdf

Literatur

- AG links-netz (Hrsg.) (2013): Sozialpolitik anders gedacht: Soziale Infrastruktur. Hamburg: VSA.
- Bareis, Ellen / Cremer-Schäfer, Helga (i.E.): Bearbeitung von Situationen sozialer Ausschließung – Praktiken des Alltags. In: Anhorn, Roland / Stehr, Johannes (Hrsg.), Handbuch Soziale Ausschließung und Soziale Arbeit. Wiesbaden: Springer.
- Bareis, Ellen / Wagner, Thomas (Hrsg.) (2015): Politik mit der Armut. Europäische Sozialpolitik und Wohlfahrtsproduktion „von unten“. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Bareis, Ellen / Wagner, Thomas (2019): Umkämpfte Arbeit am Gemeinwesen. Praxen der Migration und Praxen der Sozialen Arbeit: eine Verhältnisbestimmung. In: Resch, Christine / Wagner, Thomas (Hrsg.): Migration als soziale Praxis: Kämpfe um Autonomie und repressive Erfahrungen. Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 56–74.
- Bareis, Ellen (2007): Warum zünden „sie“ „ihre eigenen“ Schulen an. Zur Konstruktion der gefährlichen Vorort-Klasse in Frankreich. In: Amos, Sigrid Karin / Cremer-Schäfer, Helga (Hrsg.): Saubere Schulen. Vom Ausbrechen und Ausschließen Jugendlicher. Baden-Baden: Nomos, S. 89–104.
- Bareis, Ellen (2020): Demokratie und Repräsentation – Die Straße und das Quartier als Raum der Widersprüche ortsbezogener Sozialer Arbeit. In: Diebäcker, Marc / Wild, Gabriele (Hrsg.): Streetwork und Aufsuchende Soziale Arbeit im öffentlichen Raum. Wiesbaden: VS Verlag, S. 55–70.
- Brown, Wendy (2012): Wir sind jetzt alle Demokraten. In: Agamben, Giorgio et al. (Hrsg.): Demokratie? Eine Debatte. Berlin: Suhrkamp, S. 55–71.
- Chamayou, Grégoire (2019): Die unregierbare Gesellschaft. Eine Genealogie des autoritären Liberalismus. Berlin: Suhrkamp.
- Cremer-Schäfer, Helga (2018): Populismus als normalisierte Politik-Form. Ein Versuch, Aufmerksamkeit dafür herzustellen. In: Widersprüche, 147, S. 11–22.
- Crouch, Colin (2008): Postdemokratie. Berlin: Suhrkamp.
- Diebäcker, Marc (2020): Städtewachstum und Gentrifizierung: Die Verräumlichung sozialer Ungleichheit und die Transformation öffentlicher Räume. In: Diebäcker, Marc / Wild, Gabriele (Hrsg.): Streetwork und Aufsuchende Soziale Arbeit im öffentlichen Raum. Wiesbaden: VS Verlag, S. 23–38.
- Demirovic, Alex (2013): Kritik der Politik. In: Jaeggi, Rahel / Loick, Daniel (Hrsg.): Nach Marx. Philosophie, Kritik, Praxis. Berlin: Suhrkamp, S. 463–485.
- Foundational Economy Collective (2019): Die Ökonomie des Alltagslebens. Für eine neue Infrastrukturpolitik. Berlin: Suhrkamp.
- Fraser, Nancy (1994): Widerspenstige Praktiken: Macht, Diskurs, Geschlecht. Berlin: Suhrkamp.

- Habermas, Jürgen (2013): Demokratie oder Kapitalismus? In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 5, S. 59–70.
- Hall, Stuart / Critcher, Chas / Jefferson, Tony / Clarke, John / Roberts, Brian (1978): Policing the Crisis. Mugging, The State, and Law and Order. London/Basingstoke: Macmillan.
- Hall, Stuart (2014): Ausgewählte Schriften Bd. 5. Populismus. Hegemonie. Globalisierung. Hamburg: Argument.
- Hall, Stuart (2020): Vertrauter Fremder. Ein Leben zwischen zwei Inseln. Hamburg: Argument.
- Laclau, Ernesto (2010): Was haben leere Signifikanten mit Politik zu tun? Die soziale Produktion leerer Signifikanten. In: Emanzipation und Differenz. Wien: Turia und Kant, S. 65–78.
- Lüdtke, Alf (2015): Eigen-Sinn. Fabrikalltag, Arbeitererfahrungen und Politik vom Kaiserreich bis in den Faschismus. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Negt, Oskar / Kluge, Alexander (1981): Geschichte und Eigensinn. Frankfurt a.M.: Zweitausendeins.
- Peck, Jamie / Tickell, Adam (2002): Neoliberalizing Space. In: Antipode, 34, 3, S. 380–404 <https://onlinelibrary.wiley.com/doi/epdf/10.1111/1467-8330.00247> [Zugriff: 30.10.2020].
- Rancière, Jaques (2002): Das Unvernehmen. Politik und Philosophie. Berlin: Suhrkamp.
- Stehr, Johannes (2013): Vom Eigensinn des Alltags. In: Bareis, Ellen / Kolbe, Christian / Ott, Marion / Rathgeb, Kerstin / Schütte-Bäumner, Christian (Hrsg.): Episoden sozialer Ausschließung. Definitionskämpfe und widerständige Praktiken. Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 347–362.
- Thompson, Edward P. (1987): Die Entstehung der englischen Arbeiterklasse. Band I und II. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Thompson, Edward P. (1980): Die „moralische Ökonomie“ der englischen Unterschichten im 18. Jahrhundert. In: Plebeische Kultur und moralische Ökonomie. Aufsätze zur englischen Sozialgeschichte des 18. und 19. Jahrhunderts. Frankfurt/Berlin/Wien: Ullstein, S. 66–130.

Der Artikel entstammt dem Buch

STIMMEN GEGEN ARMUT

Weil soziale Ungleichheit und Ausgrenzung
die Demokratie gefährden




DIE ARMUTSKONFERENZ.

Herausgegeben von
**Die Armutskonferenz, Margit Appel, Verena Fabris,
Alban Knecht, Michaela Moser, Robert Rybaczek-Schwarz,
Martin Schenk, Stefanie Stadlober**

BoD-Verlag

Inhaltsverzeichnis

Editorial

Stimmen gegen Armut – Stimmen für mehr Demokratie und Mitbestimmung 9

Margit Appel, Verena Fabris, Alban Knecht, Michaela Moser,
Robert Rybaczek-Schwarz, Martin Schenk, Stefanie Stadlober

EIN-STIMMUNG

Armut als Störfaktor 19

Über die Entwertung von Betroffenen

Laura Wiesböck

Soziale Ausschließung und die Grenzen der repräsentativen Demokratie 27

Die Perspektive from below

Ellen Bareis

Grenzen der Demokratie – Teilhabe als Verteilungsproblem 41

Ein Gespräch zum Buch

Stephan Lessenich im Gespräch mit Margit Appel

Refeudalisierung als Gefahr für die Demokratie 55

*Der Zusammenhang von steigender Ungleichheit und sinkendem Vertrauen
in demokratische Institutionen*

Jakob Kapeller

Postdemokratie 71

Wie Ungleichheit und Armut die Demokratie gefährden

Colin Crouch

Ökonomische Ungleichheit zerstört die Demokratie 83

*Wenn Armutsbetroffene nicht zu Wahlen gehen und ihre Anliegen
kein Gehör finden*

Martina Zandonella

STIMMEN FÜR SOLIDARITÄT UND SOZIALE SICHERUNG

- Solidaritätsvorstellungen, soziale Ungleichheit und Sozialstaat** 97
Über das unterschiedliche Verständnis von Solidarität in unserer Gesellschaft
Carina Altreiter, Jörg Flecker, Ulrike Papouschek
- Anerkennung von Unsicherheit als Normalzustand** 107
Implikationen für eine radikalisierte Sozialpolitik
Arno Pilgram
- Partizipation statt Teilhabe in Einrichtungen der neuen Mitleidsökonomie** 115
Hannah-Maria Eberle

STIMMEN FÜR DEMOKRATIE IN DER ARBEITSWELT

- Psychologische Auswirkungen von demokratischen Praktiken in Organisationen** 131
Stimmen für Demokratie in der Arbeitswelt
Christine Unterrainer
- Kommentar
- Über strukturelle Erniedrigung und die Furcht vor Mitbestimmung** 141
Demokratie in der Erwerbsarbeit und -arbeitslosigkeit
Wolfgang wodt Schmidt
- Das Genossenschaftsprojekt OTELO** 145
Eine Genossenschaft für kooperatives Wirtschaften
Martin Hollinetz
- Das Grundeinkommens-Projekt *Sinnvoll Tätig Sein* im niederösterreichischen Heidenreichstein** 149
Reinkommen statt ‚draußen sein‘
Karl Immervoll
- Digitalisierung inklusiv gestalten** 153
Chancen und Risiken für Teilhabe im digitalen Zeitalter
Schifteh Hashemi und Clara Moder

Kommentar	
Wenn Algorithmen für uns entscheiden	163
Erich Tomandl	

STIMMEN GEGEN AUSGRENZUNG IN DER SCHULE

Individuelle Bildung kann kein Ausweg aus kollektiver Armut sein	167
<i>Eine Erinnerung</i>	
Roman Langer	

„... da müsst ihr ja ganz viel zuhören!“	177
<i>Transkulturelle Elternarbeit an Wiener Volksschulen</i>	
Lydia Linke	

STIMMEN FÜR EINE GERECHTE STADT

Gentrifizierung im öffentlichen Raum	183
<i>Aufwertung und Verdrängung als Prozesse urbaner Ungleichheit</i>	
Mara Verlič	

Kollektives Füreinander-Sorge-Tragen – die spanische Bewegung gegen Zwangsräumungen	193
<i>Von Scham, Isolation und Ohnmacht zu politischer Selbstorganisation</i>	
Nikolai Huke	

Kommentar	
Proteststimmen von unten	203
<i>Ein persönlicher Zugang zu Protest als Antwort auf den Turbokapitalismus</i>	
Anna Schiff	

LAUTER STIMMEN FÜR ALLE!

Exklusive Demokratie	207
<i>Vom Wahlrechtsausschluss fremder Staatsangehöriger</i>	
Antonia Wagner	

Wahlrecht für alle, die hier leben!	213
<i>Die Pass-Egal-Wahl und die wachsende Demokratiekluft in Österreich</i>	
Magdalena Stern	

STIMMEN FÜR MITBESTIMMUNG

Politik und Zufall	219
<i>Wie es durch Bürger*innenräte gelingt, Menschen zu aktivieren</i>	
Michael Lederer	

Stimme(n) erheben	225
<i>Legislatives Theater als Beitrag zur partizipativen Demokratie</i>	
Michael Wrentschur und Silvia Phönix Gangl	

Mit Partizipation der Beschämung von Armutsbetroffenen entgegenwirken	231
Alban Knecht	

Gesetzeswerkstatt zum Sozialhilfegesetz	237
<i>Das Sozialhilfegesetz mit Betroffenen und Expert*innen neu formulieren</i>	
Marianne Schulze	

Nutzer*innen-Partizipation in sozialen Organisationen	241
<i>Status Quo, Defizite, Perspektiven</i>	
Michaela Moser	

STIMMEN GEGEN ARMUT!


Forderungen der 12. Armutskonferenz und Folgen der Corona-Krise	247
Verena Fabris und Martin Schenk	

DIE ARMUTSKONFERENZ.	257
<i>Es ist genug für alle da!</i>	
<i>Armut bekämpfen. Armut vermeiden.</i>	

Die 12. Österreichische Armutskonferenz und diese Publikation wurden gefördert von



 Bundesministerium
Arbeit, Familie und Jugend

 Bundesministerium
Soziales, Gesundheit, Pflege
und Konsumentenschutz

 Bundeskanzleramt
Bundesministerin für Frauen,
Familien und Jugend



ALTERSARMUT STIRBT NICHT EINFACH AUS.

Machen wir uns stark für einen Sozialstaat,
der für dich da ist, egal wie alt du bist.

WIR - GEMEINSAM.AT

Eine Initiative der ARMUTSKONFERENZ.

AK | **100**
JAHRE
GERECHTIGKEIT

Gerechtigkeit ist gekommen, um zu bleiben.

Die Arbeiterkammer setzt sich seit 100 Jahren für die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ein. Sie steht für soziale Gerechtigkeit in Österreich.

Damals. Heute. Für immer.

ARBEITERKAMMER.AT/100

#FÜRIMMER



UNSERE INDUSTRIE

ist für die Menschen da.

Österreichs Industrie steht für fast ein Drittel unserer Wirtschaftskraft und rund eine Million Arbeitsplätze. Sie hat Österreich zu einem modernen, erfolgreichen Land gemacht und auch in schwierigen Zeiten bewiesen, dass man sich auf sie verlassen kann – als Treiber für Fortschritt und Garant für Stabilität und Lebensqualität.

Die Industriellenvereinigung



www.iv.at

